

Der Landrat verwies auf die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.10. und 02.11.2006 und erinnerte an den Beschluss des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 21.08.2006, der dem Ministerium für Bauen und Verkehr NRW zugeleitet worden sei. Die schriftliche Reaktion des Verkehrsministers vom 26.09.2006 liege den Kreistagsfraktionen vor. In diesem Schreiben habe der Verkehrsminister an den Beschluss der Landesregierung zur Optimierung des Landesbetriebs Straßenbau NRW erinnert, gleichzeitig aber mitgeteilt, dass ein neuer Standort überhaupt erst in Betracht gezogen werden könnte, wenn sich dieser als deutlich wirtschaftlichere Möglichkeit erweise. Nur unter dieser Voraussetzung sei er bereit, sich für eine abweichende Lösung einzusetzen. Die Aussage des Verkehrsministers sei am 17.10.2006 dem Hauptgeschäftsführer des Landesbetriebs Straßenbau mitgeteilt worden. Er sei gleichzeitig gebeten worden, in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung den Standort Gummersbach mit einem zentralen Standort an der Rheinschiene zu vergleichen. Die schriftliche Reaktion des Hauptgeschäftsführers des Landesbetriebs Straßenbau liege zwischenzeitlich vor. U.a. führe er hierin aus, dass im Rahmen der Strukturüberlegungen und der Standortwahl alle für die Standorte Köln, Bonn und Gummersbach sprechenden Gesichtspunkte gegeneinander abgewägt und einer politischen Entscheidung zugeführt werden mussten. Die Landesregierung habe auf der Grundlage dieser Gesichtspunkte eine Standortentscheidung für Gummersbach als Niederlassungssitz getroffen. Der Hauptgeschäftsführer betrachte nach dieser getroffenen Entscheidung die Standortdiskussion als abgeschlossen. Diese Auffassung werde er nicht hinnehmen und ihn nochmals auf die schriftliche Reaktion des Verkehrsministers hinweisen, insbesondere auf dessen Argumente bezüglich eines neuen Standortes als deutlich wirtschaftlichere Möglichkeit. Darüber hinaus werde er ihn um Auskunft bitten, ob bei den jetzt entschiedenen Standorten die geforderte Wirtschaftlichkeit vorliege.

Anmerkung:

Das Schreiben des Hauptgeschäftsführers des Landesbetriebs Straßenbau NRW vom 31.10.2006, eingegangen am 13.11.2006, ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Abg. Tüttenberg dankte für die ergänzenden Informationen und bat den Landrat, seiner beabsichtigten Reaktion auf das Schreiben des Hauptgeschäftsführers großen Nachdruck zu verleihen. Die Öffnungsoption des Verkehrsministers, die er auch im Landtag bekannt gegeben habe, setze die Region unter Zugzwang in der Form, den Nachweis für die deutlich wirtschaftlichere Möglichkeit zu erbringen. Er sei überzeugt, dass dieser Nachweis möglich sei. Dies setze aber zunächst voraus, dass man seine Überzeugung in die Öffentlichkeit trage und die Argumente darlege. Nach seiner Beobachtung seien die hierzu notwendigen Aktivitäten nur in begrenztem Umfang festzustellen. Er erinnere an den Besuch des Verkehrsministers anlässlich des Baubeginns der Ortsumgehung Windeck-Leuscheid. Der Verkehrsminister habe sich in seiner Rede u.a. ausdrücklich zu den Plänen der Umstrukturierung des Landesbetriebs Straßenbau bekannt. Der Landrat hätte in seiner anschließenden Rede die Position des Rhein-Sieg-Kreises verdeutlichen können. Dies habe er vermisst. Auch habe sich der Regionalrat bei der Bezirksregierung Köln mit der Thematik befasst. Der Antrag des Abg. H. Becker, dass auch der Regionalrat zu dieser Frage „Flagge zeige“, sei mehrheitlich abgelehnt worden. Hierbei habe er die Unterstützung der Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises vermisst. Er habe Engagement und Einsatz erwartet, den man bei anderen Themen durchaus feststellen könne. Es sei wichtig, dass der Rhein-Sieg-Kreis seine Position gegenüber allen in Frage kommenden Meinungsträgern deutlich und öffentlich darstelle. Als Alternative liege ein konkreter Standortvorschlag vor, dem sich die Mitarbeitervertretungen des Landesbetriebs Straßenbau angeschlossen hätten. Aus seiner Sicht sei dies eine sinnvolle und realisierbare Alternative. Er bitte den Landrat, sich hierzu mit der Stadt Troisdorf in Verbindung zu setzen und ihre Bemühungen zu unterstützen, um zu einem Kompromiss, auch zugunsten der betroffenen Mitarbeiter/innen, zu finden.

Abg. H. Becker teilte die Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion insoweit, als dass auch er sich ein deutlicheres Signal des Landrates gegenüber dem Verkehrsminister anlässlich seines Besuches gewünscht hätte. Gegenstand der heutigen Beratungen sei der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.10.2006 und der Hintergrund bzw. der Wunsch, Troisdorf als Standort für den Landesbetrieb Straßenbau durchzusetzen. Natürlich sei Troisdorf als weiteren Standort - wie auch andere angrenzende Städte - besser als der Standort in Gummersbach; gleichwohl habe der Verkehrsminister in seinem Schreiben vom 26.09.2006 verdeutlicht, dass es gelte, nunmehr den Beschluss der Landesregierung zur Optimierung des Landesbetriebes Straßenbau NRW umzusetzen. Der politischen Entscheidung werde

Vorrang eingeräumt. Die GRÜNE-Kreistagsfraktion betrachte das Ziel, Troisdorf als Standort zu verwirklichen, äußerst kritisch, da verschiedene Fragen, so u.a. zu Mietverträgen als auch zu Besitz und Eigentum ungeklärt seien. Dennoch sei es sinnvoll und notwendig, dass der Kreis seine Position und Stellung nochmals bekräftige und verdeutliche. Die GRÜNE-Kreistagsfraktion habe zu den Plänen der Landesregierung, die er gegenüber den Städten Bonn und Köln sowie gegenüber dem Rhein-Sieg-Kreis als „Fauxpas“ betrachte, deutlich Stellung bezogen. Man müsse sich fragen, ob es sinnvoll sei, eine weitere Forderung in Form eines zusätzlichen Standortes zu stellen.

Der Landrat wies im Hinblick auf den Besuch des Verkehrsministers in Windeck-Leuscheid darauf hin, dass sorgfältig abzuwägen sei, ob und wenn ja, in welcher Form man „etwas“ anspreche. Die Bewegung, die nun endlich zugunsten der Ortsumgehung Windeck-Leuscheid eingetreten sei, sei sehr begrüßt worden. Ferner sei vorrangig gewesen, dem Verkehrsminister die besondere Bedeutung des Ausbaus der B 8 in Richtung Altenkirchen für die Strukturentwicklung insbesondere in Eitorf und Windeck zu verdeutlichen. Die Standortinteressen des Landesbetriebs Straßenbau seien nach seiner Auffassung ungeachtet dessen auf Grund der an diesem Tag festzustellenden Präsenz der Mitarbeiter/innen des Landesbetriebs deutlich geworden. Auch dadurch sei der Verkehrsminister auf die bestehende Problematik hingewiesen worden. Er erachte es für problematisch, einen neuen Standort zu favorisieren, da dadurch die bisherigen Argumente des Rhein-Sieg-Kreises zugunsten des bisherigen Standortes insgesamt geschwächt würden. Sofern sich für Troisdorf eine realistische Chance biete, werde er dies selbstverständlich unterstützen. In der jetzigen Situation erachte er es nicht für sinnvoll, die Diskussion inhaltlich auszuweiten und damit evtl. für Irritationen zu sorgen.

Abg. Heuel legte dar, dass der heute diskutierte neue Standort nicht ausdrücklich Gegenstand des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion und auch nicht Gegenstand des Beschlusses des Kreisausschusses vom 21.08.2006 gewesen sei. Es sei bekannt, dass die Umsetzung des Beschlusses der Landesregierung noch geraume Zeit in Anspruch nehme. Daher bestünde ggf., wie aus dem Schreiben des Verkehrsministers hervorgehe, die Möglichkeit, eine abweichende Alternative zu prüfen und in Erwägung zu ziehen. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte man darauf verzichten, einen neuen Standort vorzuschlagen, es sei denn, der bereits öffentlich diskutierte neue Standort würde durch den Verkehrsminister selbst aufgegriffen.

Abg. H. Becker verdeutlichte, dass das Augenmerk insbesondere auf die mehrfach erwähnte Vergleichsberechnung zu richten sei. Er bat um Auskunft, ob der Rhein-Sieg-Kreis zu diesem Zweck bereits mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und dem Oberbürgermeister der Stadt Köln Kontakt aufgenommen habe. Das Ergebnis dieser Berechnung sei von besonderem Interesse, auch für die Argumentation gegenüber dem Verkehrsminister. Es sei bekannt, dass die Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsberechnungen u.a. von den ihnen zugrunde liegenden Daten abhängig seien. Zugunsten möglichst objektiver Ergebnisse sei es wichtig, dass der Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam mit den Städten Bonn und Köln die entsprechenden Daten und Informationen vorbereite.

Abg. Tüttenberg führte weiter aus, dass er den letzten Absatz des Schreibens des Verkehrsministers so verstehe, dass die Festlegung der neuen Standorte politisch entschieden worden sei. Erst wenn eine deutlich wirtschaftlichere Möglichkeit gefunden werde und diese auch entsprechend dargestellt und belegt werden könne, könne ein neuer Standort in Erwägung gezogen werden bzw. würde sich die Landesregierung erneut mit der Standortfrage befassen. Daraus schließe er, dass in diesem Fall die jetzt festgelegten Standorte entfallen würden. Die Vertretung der Mitarbeiter/innen hätte bereits wegen des alternativen Standortes in Troisdorf mit dem Verkehrsminister Kontakt aufgenommen. Auch in diesen Gesprächen habe er betont, dass nachzuweisen sei, dass der alternative Standort deutlich wirtschaftlicher sei. Der Alternativstandort „Troisdorf“ sei nicht grundsätzlich abgelehnt worden. Er sei sicher, dass die geforderte deutliche wirtschaftlichere Alternative durchaus zu belegen sei. Er gehe ferner davon aus, dass der Verkehrsminister weiterhin zu seiner Aussage in seinem Schreiben vom 26.09.2006 stehen werde. Vorhin sei befürwortet worden, dass der Landrat die Interessen gegenüber dem Ministerium nochmals verdeutliche. Er hätte sich gewünscht, dass die Vertreter der CDU diese Haltung auch in den Sitzungen des Regionalrates gezeigt hätten. Dies sei bedauerlicherweise nicht der Fall gewesen.

Abg. Heuel entgegnete, dass auch er sich in der Vergangenheit sehr häufig gewünscht habe, dass die SPD-Kreistagsfraktion zugunsten des Rhein-Sieg-Kreises gegenüber den SPD-geführten Institutionen

interveniert hätte.

Der Landrat stellte den Mitgliedern des Kreisausschusses in Aussicht, dass die Verwaltung und er mit den Städten Bonn und Köln Kontakt aufnehmen werde. Die Verwaltung werde über den weiteren Verlauf und Sachstand im Planungs- und Verkehrsausschuss berichten. Er rege daher an, die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.10. und 02.11.2006 in den Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Abg. H. Becker bat den Landrat, durch eine Nachfrage beim Verkehrsministerium festzustellen, ob sich die Aussage des Verkehrsministers in seinem Schreiben vom 26.09.2006 bezüglich der Nachweise für eine deutlich wirtschaftlichere Möglichkeit auf einen neuen Standort oder auf einen weiteren Standort bezieht. Sofern sich seine Aussage auf einen neuen Standort beziehe, müsse man nach seiner Auffassung die Argumente nochmals neu prüfen.

Der Landrat bestätigte, dass die Formulierung des Verkehrsministers interpretationsfähig sei. Daher werde er den Verkehrsminister um Klarstellung bitten.

Abg. Tüttenberg betonte abschließend, dass es der SPD-Kreistagsfraktion wichtig sei, eine Lösung zu finden, durch die der Rhein-Sieg-Kreis in seiner Gesamtheit und ortsnah betreut werde.

Der Landrat stellte sodann das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.10. und 02.11.2006 in den Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.